

PROTOKOLL

3. Generalratssitzung vom Mittwoch, 7. Dezember 2011 um 20:00 Uhr in der Aula der Primarschule Flamatt

Anwesende
Generalräte /
Generalrätinnen:

Aebischer Armin CVP, Baumberger Hugentobler Isabelle SP Binz-Eicher Ursula CVP, Boschung Bruno CVP, Boschung Jean-Pierre CVP, Boschung Roland CSP, Brühlhart Armin BDP, Bürge David Junge Freie Liste, Bürge Deborah Junge Freie Liste, Bürgy Philipp Junge Freie Liste, Caduff Pius CVP, Ducrey Patrik CVP, Dutly-Moser Ursula FDP, Forster Elias FDP, Fries Paul FDP, Herren Heinz SVP, Horisberger Hans Peter SVP, Jauner Rita SP, Keller Rolf CSP, Luginbühl Stefan SP, Müller Hugo FDP, Perler André Junge Freie Liste, Perler Andreas CVP, Perler Erich SP, Perler Erwin CVP, Perler Heinrich CVP, Perler Schneuwly Margrit SP, Perler Michael SP, Probst Markus Forum Freie Wähler, Räber Doris Forum Freie Wähler, Riesen Bruno SP, Roschi Bernhard CVP, Schafer-Jungo Marlies CSP, Scheidegger Kurt FDP, Schenk Pirmin SVP, Schneuwly Julian Junge Freie Liste, Schneuwly Patrik CVP, Schöpfer Josef SP, Schwald Patrik FDP, Schweizer-Meyer Nicole CSP, Spicher Beat CSP, Spicher-Hayoz Yvette CSP, Spring Hans FDP, Stähli Walter FDP, Suter-Heller Mirjam CVP, Tschannen Rolf FDP, Winzenried Margrit EVP, Wüthrich Peter Forum Freie Wähler, Zahnd Patricia Junge Freie Liste

Total: 49

Gemeinderäte /
Gemeinderätinnen

Bucheli Doris CVP, Bürgy Christa CSP, Boschung Philipp CVP, Berthold Patrick CSP, Freiburghaus Andreas FDP, Bigler, Toni FDP, Kormann Marianne SP, Schneuwly René SP, Mühlematter Isabella CVP

Abteilungsleiter/in

Cotting Marius, Borter Karin, Schafer Richard, Huber Fredy

Vorsitz:

Patrik Ducrey, Generalratspräsident

Stimmzähler:

- Yvette Spicher
- Stefan Luginbühl
- André Perler

Vizepräsident:

Walter Stähli

Protokoll:

Fredy Huber, Gemeindeschreiber

Presse:

Jessica Dubois, Freiburger Nachrichten

Entschuldigt:

Fuhrer Walter SVP (Privatanlass)

Generalratspräsident Patrik Ducrey begrüsst die anwesenden Mitglieder des General- und Gemeinderates sowie die Vertreter der Gemeindeverwaltung, Presse und ZuschauerInnen.

Die Einladung ging fristgerecht per Post oder auf elektronischem Weg an alle Generalräte und wurde im Internet der Gemeinde publiziert. Die Sitzung wurde somit ordnungsgemäss eingeladen.

Die Sitzung wird aufgezeichnet.

Fredy Huber: Es wurde für die Generalratssitzungen eine eigene Konferenzanlage angeschafft, mit welcher man neben der Beschallung gleichzeitig die Sitzung aufzeichnen kann. Er erklärt kurz die Bedienung der Mikrofone. Weiter wurden für die künftigen Sitzungen Stimmkarten angefertigt, welche zur Entlastung der Stimmzähler benützt werden sollen und jeweils vom Sekretär mitgebracht werden.

Er bittet die Stimmzähler, die Präsenzliste zu erstellen und stellt Beschlussfähigkeit fest.

Traktandenliste:

1. Sitzungseröffnung:
 - ✓ Traktandenliste
 - ✓ Präsenzliste
 - ✓ Mitteilungen
2. Protokoll der Generalratssitzung vom 21. Juni 2011
3. Voranschlag 2012
 - Laufender Voranschlag
 - Investitionsvoranschlag
 - Vorstellung Finanzplan 2013 – 2017
4. Fussballplatz Flamatt – Umzäunung / Beschlussfassung und Kreditbegehren
5. Postulat Peter Wüthrich „Verkehrskommission“ / Antwort des Gemeinderates
6. Anträge
7. Verschiedenes

Zur Einladung sowie Traktandenliste werden keine Bemerkungen oder Änderungswünsche vorgebracht.

18 00.02.012 Büro

**Mitteilungen / Geschäftsreglement, Gratulation
Grossräte, Internetseite Generalrat**

Patrik Ducrey: Mit Beschluss vom 21. September 2011 hat der Staatsrat unser Geschäftsreglement, das wir am 21. Juni 2011 verabschiedet haben, genehmigt. Es ist an diesem Tag in Kraft getreten. Er hat jedoch noch zwei Bemerkungen angebracht: Erstens zum Minderheitsantrag von Kommissionen. Wir haben den entsprechenden Artikel im Reglement gestrichen. Der Staatsrat weist nun darauf hin, dass ein grundsätzlicher Ausschluss des Minderheitsantrags gemäss Art. 14^{ter} Ausführungsreglement zum Gemeindegesetz nicht möglich ist. Er hat im Reglement in der Randspalte zu Art. 16 einen entsprechenden Hinweis auf Art. 14^{ter} des ARGG angebracht, so dass wir – falls es einmal einen solchen Minderheitsantrag gibt – ihn auch behandeln müssen. Zweitens haben wir in Art. 47 Abs. 2 für die Zusammensetzung der Kommissionen den Hinweis, dass die Fraktionsstärke angemessen zu berücksichtigen ist. Dies könnte man so interpretieren, dass nur Parteien mit Fraktionsstärke Mitglieder in Kommissionen entsenden können, was zum Ausschluss aller Parteien oder Gruppierungen ohne Fraktionsstärke führen würde. Dies ist gemäss Staatsrat nicht zulässig, so dass hier eine Randbemerkung auf Art. 2 Abs. 4 des Reglements angebracht worden ist (Bei Wahlen: „Die im Generalrat vertretenen Parteien und Gruppen sind angemessen zu berücksichtigen.“).

Er gratuliert den beiden wiedergewählten Grossräten Bruno Boschung und Daniel Brunner. Damit bleiben die Interessen der Gemeinde weiterhin im Grossen Rat gewahrt.

Der Gemeindeschreiber hat vor einigen Wochen eine Internetseite für den Generalrat (Sharepoint) eingerichtet, der eine elektronische Zustellung der Sitzungseinladungen und Unterlagen erlaubt. Bis heute haben sich 35 Mitglieder des Generalrats entschieden, von dieser Zustellungsart Gebrauch zu machen. Die anderen haben und werden ihre Unterlagen weiterhin per Post erhalten. Sollte es Fragen zur Benutzung des Sharepoints geben, wenden Sie sich bitte an Fredy Huber. Falls Interesse besteht, kann er auch eine kurze Schulung organisieren. Der Sekretär lässt die einzelnen Fraktionen und Gruppierungen bitten, ihm mitzuteilen, wer den Vorsitz führt. Er wird dies auf der Mitgliederliste entsprechend vermerken, so dass bei Kontakten zu den Fraktionen oder untereinander klar ist, an wen man sich richten kann.

Er gibt den Sitzungsplan des Generalrates für das Jahr 2012 bekannt, welcher auf dem Sharepoint eingesehen werden kann.

19 00.02.03 Protokolle

Protokoll der Generalratssitzung vom 21.06.2011

Patrik Ducrey: Das noch nicht genehmigte Protokoll der letzten Generalratssitzung vom 21. Juni 2011, lag bei der Gemeindkanzlei zur Einsichtnahme auf oder konnte auf <http://generalrat.wuennewil-flamatt.ch> eingesehen werden.

Antrag des Büros:

Das Protokoll der letzten Generalratssitzung vom 21. Juni 2011 anzunehmen.

Abstimmung:

49	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Das Protokoll der letzten Generalratssitzung vom 21.06.2011 wird vom GenR genehmigt.

20 09.01.01 Voranschläge
Voranschlag 2012

Laufender Voranschlag

Patrik Ducrey: Wir kommen nun zum Haupttraktandum des heutigen Abends, dem Voranschlag 2012. Wir werden zuerst den laufenden Voranschlag 2012, dann den Investitionsvoranschlag 2012 behandeln und beschliessen. Zuletzt werden wir Kenntnis nehmen vom Finanzplan 2012.

Er erklärt kurz die Vorgehensweise: Zum laufenden Voranschlag werden wir mit der Eintretensdebatte beginnen. Der zuständige Gemeinderat wird generelle Erklärungen abgeben, dann hat der Vertreter der Finanzkommission das Wort. Anschliessend wird die Diskussion eröffnet, wobei nur Eintreten oder Rückweisung beantragt werden kann.

In der Detailberatung werden wir den laufenden Voranschlag Rubrik für Rubrik durchgehen. Es können Fragen oder Anträge gestellt werden, zu denen der Gemeinderat und die FiKo Stellung nehmen können. Bei Abstimmungen wird jeweils zuerst über den Antrag des Gemeinderates befunden. Falls dieser Zustimmung findet, entfallen die übrigen Anträge. Am Schluss findet die Gesamtabstimmung zum laufenden Voranschlag statt. Beim Investitionsvoranschlag 2012 wird gleich vorgegangen.

Toni Bigler, Gemeinderat: Der Gemeinderat kann Ihnen heute für das Jahr 2012 einen Voranschlag mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 42'300 präsentieren.

Das ist der zweite positive Voranschlag in Folge, nachdem das vorher einige Jahre nicht möglich gewesen ist. Einer der Gründe dafür ist der anfangs 2011 eingeführte neue Finanzausgleich, der die Gemeinde um einige hunderttausend Franken pro Jahr entlastet. Ja, das Rechnungsergebnis für das Jahr 2011 wird sogar von noch höher als erwarteten Steuererträgen profitieren und somit noch einen namhaften Gewinn erzielen.

Für das Jahr 2012 erwarten wir keine grösseren Änderungen bei den vom Kanton bestimmten Rahmenbedingungen. Die Gemeinde profitiert weiterhin vom Finanzausgleich, zusätzlich jetzt noch wegen der dadurch ausgelösten Statutenanpassungen der Gemeindeverbände.

Die geplanten Kosten von 22'528'500 Fr. entsprechen einer Zunahme von 1% im Vergleich zum letztjährigen Budget.

- Über 40% der Kosten sind Entschädigungen an Gemeinwesen.
- Der Personalaufwand enthält die Löhne und alle Sozialabgaben von Verwaltungs- und Betriebspersonal, aber auch von Behörden und Kommissionen. Sie nehmen u.a. wegen einer geplanten Stellenaufstockung um ungefähr 2,5% zu.
- Der Sachaufwand enthält ein breites Spektrum der auf der Gemeinde anfallenden Kosten. Diese Kosten sollen im Vergleich zum Vorjahr leicht abnehmen, u.a. weil nach den vielen Wahlen in diesem Jahr im 2012

keine Wahlen geplant sind.

- Die eigenen Beiträge beinhalten z.B. Sozialhilfe, Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter oder auch die Tageskassen der Gemeinde. Hier wird mit einer Zunahme von 2,5% gerechnet.
- Die Abschreibungen nehmen wegen dem Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Sporthalle Flamatt um 150'000 Fr. zu.
- und als letztes möchte er erwähnen, dass die Passivzinsen im Vergleich zum letzten Jahr, trotz Zunahme der Verschuldung, um 8% abgenommen haben. Wir können uns also aktuell mit den tiefen Zinsen die Verschuldung gut leisten. Das wird aber leider nicht immer so bleiben.

Anhand von verschiedenen Folien wird die Entwicklung der Kosten für das Gemeinwesen, die Ertragsaufteilung und Steuerentwicklung erklärt.

Beat Spicher, Finanzkommission: Im Jahr 2011 wird die Gemeinde statt eines budgetierten Überschusses von 36'000 Franken voraussichtlich einen Gewinn von etwas über einer Million Franken erzielen. Dies ist sehr erfreulich, ist aber hauptsächlich auf Umstände zurückzuführen, die sich kaum noch einmal so ereignen werden. So ist ein grosser Teil des besseren Resultats auf die Handänderungssteuern zurückzuführen, die massiv über den in den letzten Jahren erzielten Werten liegen.

Ohne gross auf die Ausgabenbremse drücken zu müssen, kann uns der Gemeinderat ausserdem für das Jahr 2012 ein Budget mit einem kleinen Ertragsüberschuss vorlegen. Die Lage ist deutlich weniger rosig als es auf den ersten Blick scheint. Zwar steht in nächster Zeit sicher keine Steuererhöhung ins Haus, wie das offenbar in Überstorf der Fall ist. Aber auch bei uns gibt es Alarmzeichen, die wir nicht übersehen dürfen:

- Seit Jahren gelingt es uns jeweils nur gerade, über den Finanzplan-Zeitraum von 5 Jahren hinweg die bereits hohen Schulden nicht ansteigen zu lassen.
- Unsere Gemeinde erhält nur noch bei wenigen Banken Geld, um Kredite abzulösen oder neue Grossinvestitionen zu finanzieren.
- Postfinance beispielsweise gibt uns kein Geld. Wir haben in ihren Augen schlicht und einfach zu hohe Schulden.
- Wir hängen ziemlich stark vom interkantonalen Finanzausgleich ab.
- Der Anteil der Einnahmen aus der Gewinnsteuer bei juristischen Personen steigt an. Dies ist grundsätzlich sehr erfreulich. Es macht uns aber bei einem schlechten Gang der Wirtschaft auch anfälliger auf schmerzhaft Einnahmeneinbrüche.

Wie lassen sich die Schulden reduzieren?

- Ein Abbau ist nur möglich, wenn die obligatorischen Abschreibungen die Neuinvestitionen übertreffen. In den nächsten zwei Jahren gelingt uns das bei weitem nicht und im Jahre 2014 auch nur knapp.
- Mit den obligatorischen Abschreibungen kommen wir aber nur sehr langsam auf ein erträgliches Schuldenniveau herunter.
- Ein vollständiger mehrjähriger Investitionsstopp würde das Ganze zwar beschleunigen, ist aber nicht sinnvoll.
- Es muss darum unser Ziel sein, jedes Jahr über die obligatorischen Abschreibungen hinaus zusätzliche Abschreibungen vornehmen zu können. Dies können wir jedoch nur tun, wenn wir Überschüsse erzielen.

Das - und nicht etwa weil wir der Ansicht wären, der Gemeinderat habe mit der grossen Kelle angerichtet - ist der Grund, weshalb wir von der FiKo mit dem Laufenden Voranschlag 2012 zwar mehrheitlich zufrieden sind, aber

trotzdem insgesamt drei Anträge auf Streichungen beziehungsweise Kürzungen von Ausgabenposten stellen werden. Die Einnahmenseite hat der Gemeinderat unserer Ansicht angemessen, einige werden vielleicht auch sagen, etwas vorsichtig budgetiert. Angesichts dessen, dass wohl tatsächlich eine Rezession auf uns zukommt, ist dieses Vorgehen jedoch das einzig Richtige. Falls die tatsächlichen Einnahmen dann höher sein sollten als budgetiert, dann soll uns das recht sein.

Wir beantragen deshalb, auf den Voranschlag 2011 der laufenden Rechnung einzutreten.

Rolf Keller CSP/EVP: Sie werden die heute bekannten Anträge zum Budget unterstützen und sie danken dem Kassier und der Verwaltung für die Arbeit.

Patrik Ducrey: Stellt fest, dass kein Antrag auf Rückweisung gestellt wird. Deshalb ist Eintreten beschlossen und wir gehen zur Detailberatung über.

Der Präsident geht nun Rubrik für Rubrik der laufenden Rechnung durch und macht darauf aufmerksam, dass bei einer Abstimmung zu einem Antrag zuerst über den Antrag des Gemeinderates abgestimmt wird. Falls dieser Zustimmung findet, entfallen die Abstimmungen über andere Anträge.

Paul Fries, FDP/BDP: Kto 012.310.01; Er macht die Anregung, dass künftig für die interessierte Bevölkerung ein Exemplar der Rechnung und der Voranschläge zur Verfügung gestellt wird.

Bruno Boschung, CVP: Kto 140.390.13; Er beantragt die interne Verrechnung vom 20%-Anteil der Besoldung des Feuerwehrkommandanten von Fr. 20'800, welcher unter dem Konto „Besoldung Werkdienst“ berücksichtigt wurde, unter „Besoldung Feuerwehrkommandant“ zu verbuchen oder sollte dies nicht gehen ein dafür eigenes Konto zu eröffnen. Somit wäre diese interne Verrechnung vom Werkdienst losgelöst.

Abstimmung über Antrag CVP Kto 140.390.13

42	Ja-Stimmen
3	Nein-Stimmen
4	Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag der CVP wird vom Generalrat genehmigt.

Markus Probst, FFW begibt sich für die nächste Beratung in den Ausstand, da er als Schulleiter der PS Flamatt direkt davon betroffen ist.

Beat Spicher, Finanzkommission: Die Finanzkommission ist mit der vom Gemeinderat vorgesehenen Erhöhung des Pensums des Schulsekretariats auf 27% grundsätzlich einverstanden. Da der Kanton die zwei zusätzlichen Schulleiterentlastungslektionen, mit denen der Gemeinderat diese Aufstockung finanziert will, frühestens ab dem kommenden Schuljahr finanziert, darf jedoch auch die Aufstockung erst auf diesen Zeitpunkt hin erfolgen und nicht schon per 1. Januar 2012. Die Finanzkommission beantragt deshalb, die Position 219.301.01 um Fr. 5'000 zu kürzen.

Ein weiterer Antrag der Finanzkommission: Kto 295.314.01 – Baulicher Unterhalt PS Wünnewil. Die bestehenden Gruppenräume werden nur sehr selten benutzt. Der Gemeinderat will nun für rund Fr. 5'000 einen weiteren Gruppenraum bauen. Die Finanzkommission bezweifelt die Notwendigkeit des Baus eines weiteren Gruppenraumes. Es ist zumutbar, dass die Lehr-

personen sich untereinander für die Benutzung der vielen vorhandenen Räume absprechen. Im Übrigen soll das Gebäude in den Jahren 2013 und 2014 für insgesamt 220'000 Franken renoviert werden. Die Finanzkommission beantragt deshalb, die Position 295.314.01 um Fr. 5'000 zu kürzen.

Michael Perler, SP/FFW: Die Finanzkommission hat wohl erwähnt, dass in Zukunft gespart werden muss. Diese beiden Positionen zu streichen erscheint doch etwas kleinlich. Er möchte erwähnen, dass die OS mit weniger Schülern als die PS ein 100% Sekretariat hat. Es macht auch Sinn dass dieses Sekretariat auf Anfang Jahr von 16 auf 27% aufgestockt wird.

Christa Bürgy, Gemeinderätin: Sie erwähnt, dass die PS mit 450 Schülern ein Sekretariat von lediglich 16 Stellenprozent hat. Die Schulorganisation und –administration sind laut Gesetz Aufgaben der Gemeinde. Die Planung eines neuen Schuljahres macht für die Schulleitung sehr viel Arbeit und deshalb möchte der Gemeinderat die Stelle bereits zu Beginn des Jahres aufstocken. Zu den bisherigen Aufgaben ist neu auch die Bewirtschaftung der Internetseite dazugekommen und die Aufgabenhilfe.

Abstimmung über Antrag des Gemeinderates Kto 295.301.01:

19	Ja-Stimmen
28	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird abgelehnt und derjenige der Finanzkommission mit 28 Stimmen angenommen.

Markus Probst kann den Saal wieder betreten und wird aus dem Ausstand geholt.

Michael Perler, SP/FFW: Sie möchten noch eine Antwort des Gemeinderates betreffend Renovation des Primarschulhauses. Werden nur Malerarbeiten oder grössere Renovationen an diesem Gebäude in einigen Jahren ausgeführt.

Philipp Boschung, Gemeinderat: Heute verfügen bis auf eine Klasse alle über einen Gruppenraum. Mit sehr geringem baulichen Aufwand könnte nun auch für diese 2. Klasse ein Gruppenraum realisiert werden. Es stimmt, dass in den Jahren 2013/2014 eine Sanierung ansteht. Mit diesem Gruppenraum wird jedoch der Sanierung nicht vorgegriffen und diese würde dadurch auch nicht behindert. Die Sanierung betrifft mehr eine Instandstellung und Werterhaltung der Liegenschaft.

Abstimmung über Antrag des Gemeinderates Kto 295.314.01:

17	Ja-Stimmen
32	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird abgelehnt und derjenige der Finanzkommission mit 32 Stimmen angenommen.

Ursula Binz, CVP: Sie hat eine Frage zu Kto 200.351.01, Besoldung Kindergarten. Aus welchem Grund hat die Besoldung um 8 % gegenüber dem letzten Jahr zugenommen.

Christa Bürgy, Gemeinderätin: Diese Position wird vom Kanton an die Gemeinden gemeldet. Die Besoldung steht im Zusammenhang mit dem 2-

Jahres-Kindergarten, welcher von anderen Gemeinden während der Übergangszeit erst noch eingeführt wird und die Besoldung demzufolge zunimmt. Bis zum Ende der Einführungszeit werden diese Kindergartenklassen noch zunehmen und demzufolge wird die Besoldung auch höher ausfallen.

Beat Spicher, Finanzkommission: Es geht um die Position 622.301.01 – Besoldung Werkdienst und die damit zusammenhängenden Positionen.

Der Gemeinderat möchte das Personal im Werkhof um eine 100%-Stelle erhöhen. 80% davon kämen direkt dem Werkhof zugute und 20% dem Bereich Feuerwehr. Eine solche 100%-Stelle verursacht mit allen Sozialabgaben Jahr für Jahr Kosten von ungefähr 100'000 Franken.

Der Gemeinderat hat intern eine Studie über die eingesetzten Stunden der Werkhofmitarbeiter für die einzelnen Kostenstellen erstellen lassen. Diese Studie zeigt, dass eine Aufstockung des Personalbestandes notwendig ist. Die Finanzkommission ist jedoch der Ansicht, dass es nicht eine 100%-Stelle braucht, weder heute noch in den nächsten Jahren, sondern dass eine 70%-80%-Stelle ausreicht, wobei 20% davon dem Bereich Feuerwehr zugute kommen sollen. Denkbar ist auch eine Zusammenarbeit mit einer umliegenden Gemeinde. Der Präsident der Finanzkommission wird die Überlegungen, die zu dieser Einschätzung geführt haben, anlässlich der Sitzung des Generalrats mündlich erläutern.

Die Finanzkommission beantragt deshalb, alle Beträge, die im Voranschlag in Bezug auf diese neue Stelle eingesetzt sind, um 20% zu kürzen und somit eine Aufstockung des Gemeindepersonalbestandes um maximal eine 80%-Stelle ab 1. Juli 2012 zu bewilligen.

Bruno Boschung, CVP: Ihre Fraktion möchte weitergehen. Sie möchten im jetzigen Zeitpunkt auf jegliche Aufstockung von Stellen im Werkdienst verzichten. Sie haben heute zu wenig Entscheidungsgrundlage. Die Berechnung für diese neue Stelle wurde lediglich intern angestellt. Sie möchten eine Analyse von einer unabhängigen Stelle. Es sind einige Faktoren nicht berücksichtigt worden und Möglichkeiten ob allenfalls Arbeiten an Dritte übergeben werden könnten. Bevor nicht eine unabhängige Untersuchung des Werkdienstes angestellt wurde, kann die CVP einer Stellenerhöhung heute nicht zustimmen. Sie stellen daher folgenden Antrag: Das entsprechende Konto ist um den Betrag der geplanten Stellenerhöhung zu reduzieren. Die CVP wird unter Anträge nochmals einen Antrag um eine Studie für den Werkdienst vorbringen.

Roland Boschung, CSP/EVP: Sie sind der Ansicht, dass man weiter gehen sollte, als dies die FiKo vorsieht, da das Vorgehen des Gemeinderates unbefriedigend ist. Es müssten Alternativen und Konsequenzen aufgezeigt werden. Werden diese Auskünfte noch geliefert, könnte auch Mitte Jahr über eine Aufstockung noch abgestimmt werden.

Patrick Berthold: Mit dem Feuerwehrkonzept 2012 hat der Gemeinderat den neuen Feuerwehrkommandanten ab 2012 bereits zu 20% angestellt und diese Stellenprozente gehen bereits im Werkdienst verloren. Eine solide Ausbildung von Lehrlingen ist ebenfalls mit Aufwand verbunden. Lehrlinge können nicht als Arbeitskraft angesehen werden. Der Winterdienst fordert von der heutigen Belegschaft regelmässig viele Überstunden ab. Auch dem kann mit einer Aufstockung vorgebeugt werden. Wir haben ein rund 40 km langes Kanalisationsnetz. Dieses muss unterhalten werden, was bis heute aus Zeitgründen massiv vernachlässigt wurde. Das alles ist aus Sicht des Gemeinderates mehr als genug um diese Stelle zu schaffen.

Andreas Freiburghaus, Gemeinderat: Wie von der FiKo angesprochen kön-

nen Arbeiten aufgeschoben werden, welche nicht dringend sind. Heute ist ein ganzer Bundesordner zusammen gekommen, von Arbeiten welche bis heute nicht gemacht werden konnten. Es ist auch so, je länger man zuwartet, desto mehr an Unterhalt oder sogar Reparaturen muss gemacht werden. Die Kanalisationen müssen nun dringend unterhalten werden. Zudem würden die Kosten für deren Unterhalt dem ARA-Fonds belastet und nicht direkt der Gemeinderrechnung. Er ist auch überzeugt, dass eine unabhängige Studie nichts nützen wird, da viele Arbeiten von Gemeinde zu Gemeinde verschieden sind.

Generalratspräsident Patrik Ducrey hält fest, dass nun 3 Anträge zu diesem Posten „Besoldung Werkdienst“ vorliegen. Zuerst wird über denjenigen des Gemeinderates befunden.

Abstimmung über Antrag des Gemeinderates Kto 622.301.01:

5	Ja-Stimmen
26	Nein-Stimmen
18	Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird abgelehnt und derjenige der Finanzkommission mit 26 Stimmen angenommen. Da letzterer die Mehrheit der Stimmen hat, entfallen die übrigen Anträge.

Paul Fries, FDP/BDP: 620.314.01 – Unterhalt Gemeindestrassen. Für die vorgesehene Zustandsanalyse der Gemeindestrassen sind sie der Meinung, dass diese selber, mit Gemeindepersonal, gemacht und damit einen Betrag von Fr. 25'000 eingespart werden kann. Es könnten jedoch Fr. 15'000 belassen werden, wenn z.B. Ingenieure beigezogen werden müssten.

Patrick Berthold: Er kann versichern, dass das Gemeindepersonal dafür keine Ressourcen und Kapazitäten zur Verfügung hat. Zudem müssen solche Studien von Spezialunternehmen angefertigt werden, damit diese auch verbindlich sind und künftige Sanierungen genau vorgesehen werden können.

Abstimmung über Antrag des Gemeinderates Kto 620.314.01:

31	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
18	Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 31 Stimmen unterstützt. Der Antrag der FDP entfällt.

Patrik Ducrey: Zum laufenden Voranschlag 2012 werden keine Wortmeldungen mehr verlangt.

Antrag des Gemeinderates:

Genehmigung des laufenden Voranschlages 2012 mit einem jetzt aufgrund der gehörten Anpassungen neuen Ertragsüberschuss von Fr. 58'600.

Abstimmung:

49	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen

Beschluss:

Der Voranschlag der laufenden Rechnung 2012 wird mit den bereits beschlossenen Änderungen vom Generalrat genehmigt.

Investitionsvoranschlag 2012

Toni Bigler: Der Gemeinderat plant im Jahr 2012 Investitionen mit einem Netto-Aufwand von 3'350'000 Fr. Folgende Investitionen im Jahres 2012 sind die Ausführungen schon beschlossen und haben bereits begonnen:

- Die grössten Kosten wird noch die Sanierung der Sporthalle Flamatt verursachen, obwohl sie anfangs 2012 abgeschlossen wird (1,5 Mio. Fr.).
- An den Kosten für den Umbau der OS Plaffeien ist die Gemeinde über den Gemeindeverband OS Sense zu einem namhaften Teil beteiligt (850'000 Fr.).
- Bei der Tavernaverbauung sollten nächstes Jahr die eintreffenden Rück-erstattungen der Vertragspartner sogar für einen positiven Ertrag sorgen.

Die geplanten Investitionen sind unterschiedlich konkret. Diese werden alle noch dem Generalrat vorgelegt. Für eine erste Investition folgt der Antrag noch heute Abend.

Beat Spicher, Finanzkommission: Der Investitionsvoranschlag zeigt auf, wo und was der Gemeinderat im nächsten Jahr investieren will. Zum einen sind das Investitionen, die schon von der Gemeindeversammlung beschlossen wurden und in der Ausführungsphase sind. Zum anderen enthält der Investitionsplan mehr oder weniger konkrete Projekte, die der Gemeinderat wahrscheinlich im nächsten Jahr dem Generalrat zur Genehmigung vorlegen wird.

Direkte finanzielle Auswirkungen hat eine solche Auflistung keine, weshalb die FiKo auch keine Stellungnahme zu einzelnen Vorhaben nimmt. Erst wenn ein konkreter Kreditantrag an den Generalrat gestellt wird, werden wir unsere Stellungnahme abgeben.

Antrag des Gemeinderates:

Genehmigung des Investitionsvoranschlages 2012 mit Nettoinvestitionen von Fr. 3'347'300.

Abstimmung:

49	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Der Investitionsvoranschlag 2012 wird vom Generalrat genehmigt.

Finanzplan 2013 - 2017

Toni Bigler: Die Gemeinden sind verpflichtet einen Fünf-Jahres-Finanzplan zu erstellen. Dieser soll Tendenzen aufzeigen und dadurch den nötigen Zeitraum für die Erarbeitung von Massnahmen ermöglichen. Der Finanzplan wird in unserer Gemeinde zweimal jährlich basierend auf den neuesten Erkenntnissen nachgeführt. Die wichtigste Erkenntnis neben den Daten dieses Voranschlages ist die, dass die Jahresrechnung 2011 dank höheren Steuereinnahmen als geplant mit einem Ertragsüberschuss von ungefähr 1 Mio. Fr.

wesentlich besser abschliessen wird als budgetiert.
In den Jahren 2013 und 2014 rechnen wir dank höheren Steuern von juristischen Personen ebenfalls mit positiven Jahresabschlüssen, bevor dann höhere Kosten wieder Aufwandüberschüsse befürchten lassen.

Wenn sich die zukünftigen Abschlüsse an diese Prognose halten, ist also in den nächsten Jahren nicht mit Steuererhöhungen zu rechnen.

Die Schulden der Gemeinde werden wegen der hohen Nettoinvestitionen mit den grossen Brocken Tavernaverbauung, Sporthalle Flamatt und OS Plaffeien bis ins Jahr 2013 noch zunehmen. Danach sollten keine grösseren Investitionen mehr anfallen und der Gemeinderat wird dann die Prioritäten auf Schuldenabbau und Werterhaltung der Infrastruktur legen.

Im Zeitraum von 2011 bis 2017 sollte jedoch ein kleiner Schuldenabbau möglich sein.

Die Bruttoverschuldung der Gemeinde von Fr. 28 Mio. Ende 2010 wird bis ins Jahr 2013 noch auf über Fr. 34 Mio. ansteigen, bevor sie dann zu sinken beginnt und Ende 2016 wieder unter 30 Mio. fällt.

Ein bisschen besser sieht die Rechnung aus, wenn man die Nettoverschuldung pro Kopf anschaut, und davon ausgeht, dass die Einwohnerzahl weiterhin zunimmt. So sollte es möglich sein bis 2016 die Verschuldung auf Fr. 4000 pro Person senken zu können. Wie auch schon von der Finanzkommission erwähnt, ist und bleibt die Verschuldung der Gemeinde recht hoch, auch im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden. Der Handlungsspielraum des Gemeinderates bleibt dadurch stark eingeschränkt und er wird in den nächsten Jahren neue Investitionen nur sehr zurückhaltend planen können.

Beat Spicher, Finanzkommission: Der Finanzplan wurde im Juni von einer Arbeitsgruppe bestehend aus dem Gemeinderat, der Finanzkommission und dem Gemeindegassier erarbeitet und vom Gemeinderat im Herbst aktualisiert. Die Haupteckdaten dieses Finanzplanes ist, dass die Gemeinde am Ende dieser 5 Jahre ungefähr gleich hohe Schulden haben wird wie heute. Die finanzielle Lage der Gemeinde ist also unverändert nicht rosig.

Patrik Ducrey: fragt ob jemand dazu das Wort wünscht – was nicht der Fall ist.

Beschluss:

Der Generalrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan.

21 03.03.01 Sportplatz Flamatt
Fussballplatz Flamatt – Umzäunung / Beschlussfassung und Kreditbegehren

René Schneuwly, Gemeinderat: Seit langem befriedigt die Situation auf dem Sportplatz Flamatt nicht mehr. Ein geregelter Trainings- und Matchverlauf ist kaum mehr möglich. Anhand von einigen Bildern wird die heutige Situation dargelegt und auf die grossen Mängel hingewiesen.

Aus all diesen Gründen beantragt der Gemeinderat den Sportplatz mit einem Zaun zu versehen und grosse Fussballtore den heutigen Sicherheitsnormen entsprechend anzuschaffen.

Kosten:

Umzäunung:	Fr.	70'000.00
Anpassungsarbeiten Umgebung	Fr.	5'000.00

Tore / Eckpfosten	Fr.	5'100.00
Aufhängevorrichtung Tore	Fr.	1'000.00
Planung	Fr.	7'000.00
Nebenkosten	Fr.	900.00
Reserve	Fr.	6'000.00
Total	Fr.	95'000.00

Folgekosten:

Abschreibung 10%	Fr.	9'500.00
Durchschnittliche Verzinsung 4%	Fr.	1'900.00
Total	Fr.	11'400.00

Erste Kontakte für Sporttoto-Beiträge wurden aufgenommen.

Rolf Tschannen, Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Situation geprüft und erachtet die Notwendigkeit eines Neubaus der Umzäunung als nachgewiesen.

Da zudem die zwei fest installierten Fussballtore den heutigen Sicherheitsnormen nicht mehr entsprechen, ist auch deren Ersatz unbestritten.

Die bestehenden Zäune sind verrostet und können Ihre Funktion nur noch teilweise erfüllen. Die Netze auf Seite Sense sind zudem ungenügend und nicht konform.

Es liegt eine Bruttoofferte des Zaun Teams Laupen vor, was eine ziemlich präzise Kostenschätzung erlaubt. Die Fr. 95'000 sind als Kostendach zu sehen und werden nicht überschritten.

Wir haben somit im Minimum eine Reduktion um Fr. 25'000 gegenüber dem Betrag im Investitionsvoranschlag 2012.

Zudem wird geprüft ob allfällige Sport-Toto-Beiträge fliessen könnten.

Die FiKo hat auch mögliche Eigenleistungen thematisiert. Diese scheinen aus versicherungstechnischen Gründen nur in geringem Masse möglich.

Die Folgekosten mit 10% linearer Abschreibung erscheinen der FiKo angemessen.

Bernhard Roschi, CVP: Die CVP Fraktion wird diesem Projekt zustimmen. Er möchte jedoch noch wissen, wie dies mit den Sport-Toto-Geldern abläuft. Wer wird dieses Geld erhalten?

René Schneuwly: Die Sport-Toto-Beiträge müssen über den Kanton Freiburg beantragt werden und würden bei dieser Investition in Abzug gebracht.

Patrik Schwald, FDP/BDP: Ihre Fraktion wird diesem Vorhaben ebenfalls zustimmen, dies aus den bereits erwähnten Gründen und ebenfalls wegen dem Erscheinungsbild, welches sich massiv verbessern würde.

Antrag des Gemeinderates:

1. Dem Kredit für die Sanierung der Umzäunung Sportplatz Flamatt im Betrag von Fr. 95'000 zuzustimmen.
2. Den Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahme zu finanzieren.
3. Die Ausgaben der Investitionsrechnung 2012 zu belasten und linear mit 10% zu amortisieren.

Abstimmung:

49 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Umzäunung des Sportplatzes in Flamatt wird zugestimmt.

22 00.05.17 Verkehrskommission
**Postulat Peter Wüthrich „Verkehrskommission“ /
Antwort des Gemeinderates**

Patrik Ducrey: Aus der Botschaft des Gemeinderates konnte entnommen werden, dass der Gemeinderat vom Postulat von Peter Wüthrich Kenntnis genommen und an seiner Sitzung vom 22. August 2011 die Einsetzung einer Verkehrskommission beschlossen hat.

Die Zusammensetzung der Kommission sieht wie folgt aus:

- Zuständiger Gemeinderat und sein Stellvertreter
- Leiter Bauamt
- Allenfalls Fachplaner bei Bedarf
- 4 Mitglieder aus Flamatt
- 4 Mitglieder aus Wünnewil

Folgende Aufgaben werden der Kommission übertragen:

- Erörtern der Verkehrssituation in Wünnewil und Flamatt
- Ausarbeitung möglicher Massnahmen zur Verkehrsberuhigung
- Zusammentragen von Meinungen aus der Bevölkerung der Gemeinde (Verkehrstechnische Probleme, Fussgänger, Velo, Fahrzeuge)
- Weitere Aufgaben die durch den Gemeinderat übertragen werden

Die Verkehrskommission wird per 1. Januar 2012 eingesetzt.

Rolf Tschannen, FDP/BDP: Sie haben über dieses Geschäft gesprochen. Sie sind der Ansicht, dass solche Kommissions-Zusammensetzungen in Zukunft mit den Parteien abgesprochen werden sollten.

Patrick Berthold, Gemeinderat: Dem Gemeinderat war wichtig, dass beide Dörfer gleichmässig und vor allem auch Bewohner von Weilern in dieser Kommission vertreten sind.

Beschluss:

Der Generalrat nimmt davon Kenntnis.

23 00.02.011 Generalrat
Anträge

Patrik Ducrey: Wir kommen nun zu den Anträgen. Vorerst wird das Wort an Peter Wüthrich erteilt, dessen Postulat an der vergangenen Sitzung auf die heutige verschoben wurde.

Peter Wüthrich, SP/FFW, Der Gemeinderat prüft in welcher Form und in wel-

chem Umfang die Gemeindekanzlei und der Sozialdienst in Flamatt im Begegnungszentrum Schalteröffnungszeiten für die Einwohner von Flamatt anbieten kann.

Begründung:

Für viele ältere Einwohner in Flamatt ist es sehr aufwendig, mit dem ÖV nach Wünnewil in die Kanzlei zu kommen. Ebenso haben nicht alle Einwohner mit Migrationshintergrund so ohne weiteres ein Auto zur Verfügung zu den normalen Bürozeiten oder können gar kein Auto lenken. Eine Möglichkeit, Bewilligungen, Identitätsausweise, Beratungen und Gespräche im Sozialdienst in Flamatt erledigen zu können, ist äusserst hilfreich. Das BGZ bietet sich hier an, weil die Gemeinde ein Sitzungszimmer hat. Allfällige Anschlüsse an das Internet sind ohne grossen Aufwand zu bewerkstelligen, da im Haus bereits mehrere Büros eingerichtet sind. Es ist nicht notwendig, dass alle Dienstleistungen in Flamatt angeboten werden. Ausgeschlossen von diesem Angebot ist sicher das ganze Bauamt.

Doris Bucheli, Gemeindepräsidentin: Das stundenweise Angebot für Schalterstunden in Flamatt ist kaum realisierbar, und wenn schon, dann nur mit unverhältnismässig grossem, zeitlichen und finanziellen Aufwand.

Unsere EDV-Anlage ist verbunden mit dem RZGD (Rechenzentrum der Gemeinden Deutschfreiburg), die Verbindung des Büros in Flamatt mit dem RZGD müsste ebenfalls gewährleistet sein. Zudem reichten die Personalressourcen nicht. Sämtliche Aktenablage befindet sich in Wünnewil.

Was wir bereits heute anbieten:

- Flexible Schalterstunden, insbesondere auf telefonische Voranmeldung hin (bis jetzt konnte immer ein Termin gefunden werden!)
- Zustellung per Post

Folgende Möglichkeiten bzw. Fahrdienste können gegen Bezahlung bereits jetzt in Anspruch genommen werden:

- Öffentlicher Verkehr
- Nachbarschaftshilfe
- Dienste für Senioren
- Taxi
- Behindertentaxi

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Kosten – Nutzen – Verhältnis in keiner Art und Weise stimmt. In den Abteilungen müssten Stellenprozentage aufgestockt werden. Denn die Verwaltungsangestellten, die in Flamatt wären, würden in Wünnewil fehlen.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat, das Postulat von Peter Wüthrich betreffend „Gemeinde-Schalterstunden in Flamatt“ abzulehnen.

Pius Caduff, CVP: Sie haben sich die Frage gestellt, wie oft ein Einwohner die Gemeindeverwaltung aufsuchen muss. Dies ist sehr wenig und demzufolge eine solche Auslagerung nicht gerechtfertigt und sie unterstützen die ablehnende Haltung des Gemeinderates. Was sie aber noch anregen möchten, ist vom Bahnhof her eine bessere Beschilderung zur Gemeindeverwaltung, vor allem auf dem Fussweg.

Julian Schneuwly, JFL: Auch sie finden dieses Postulat als überflüssig. In Wünnewil befindet sich beispielweise auch keine Apotheke und die Bevölkerung besucht sicher diese öfter als die Gemeindeverwaltung.

Abstimmung:

3 Ja-Stimmen

46 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss:

Das Postulat wird dem Gemeinderat nicht überwiesen.

Pirmin Schenk, SVP: Motion für die transparente und öffentliche Verteilung der Kommissionssitze in der Gemeinde.

Wie die Gemeindepräsidentin Doris Bucheli-Betschart in der letzten Generalratssitzung mitteilte, wurden bei der Suche für Kommissionskandidaten/innen die grossen vier Parteien unserer Gemeinde angeschrieben (CVP, CSP, FDP und SP).

Nun werden diese Parteien gebeten ihre Kandidaten/innen für die Kommissionen zu präsentieren. Kommissionssitze, die nicht durch diese vier grossen Parteien mit einem Kandidaten/in besetzt werden können, werden gemäss Gemeindepräsidentin durch die Lokalzeitung Wüfla in der Öffentlichkeit gesucht.

Dieses System der Sitzverteilung mag ein sehr gutes gewesen sein, zu Zeiten als es nur die vier grossen Parteien gab. Er möchte aber den Gemeinderat, daran erinnern, dass nun 9 politische Gruppen in unserer Gemeinde aktiv sind.

Es ist zwingend, dass alle politischen Gruppierungen und Bürger dieser Gemeinde zur gleichen Zeit, die gleichen Chancen erhalten um sich oder ihre Kandidaten/innen für Kommissionen zu präsentieren. Es ist unzulässig, wenn vier Parteien ihre Kandidaten/innen präsentieren können und der Rest der Gruppierungen und Gemeindebevölkerung diese Gelegenheit nicht erhalten.

Ich fordere aus diesem Grund vom Gemeinderat, das Wahlprozedere von Beginn an öffentlich in der Wüfla auszuschreiben. Somit hat jede Bürgerin und jeder Bürger dieser Gemeinde die Möglichkeit sich für die Wahl aufstellen zu lassen. Dies würde zu einer demokratischeren Sitzverteilung in den Kommissionen führen.

Doris Bucheli, Gemeindepräsidentin: Für die obligatorischen Kommissionen hatten alle Parteien und Gruppierungen die Möglichkeit, KandidatInnen zu nominieren; die Wahl erfolgte durch den Generalrat (Finanzkommission, Einbürgerungskommission, Raumplanungskommission).

Gemäss Art. 67 des Gesetzes über die Gemeinden ernennt der Gemeinderat die Mitglieder der in der kant. Gesetzgebung vorgesehenen übrigen Kommissionen. Zum Mitglied einer Kommission kann jede handlungsfähige Person berufen werden.

Vor der Wahl oder Ernennung prüft der Gemeinderat die Vorschläge und kann in begründeten Fällen die Vorschläge der Parteien ablehnen oder andere Personen ernennen.

Der Gemeinderat berücksichtigte in erster Linie die vier Gemeinderatsparteien. Diese wurden gebeten, je eine Person für die Kommissionen mitzuteilen. Bei zuwenig Meldungen aus den Parteien wurden dann die restlichen Kandidaten via Inserat in der WüFla gesucht. Dieses Vorgehen war bisher immer üblich, denn dem Gemeinderat ist es auch ein Anliegen, dass die Bevölkerung in den Kommissionen vertreten ist.

Im Uebrigen wurde das Resultat der Gemeinderatswahlen nicht proportional für die Kommissionsbesetzung berücksichtigt! Dies wäre ja auch noch möglich.

Neu sind nun in unserer Gemeinde 9 Parteien und Gruppierungen, die auch im Generalrat vertreten sind, jedoch nur deren 4, die auch im Gemeinderat Mitglieder stellen.

Der Gemeinderat empfiehlt, diese Motion abzulehnen. Denn wir möchten keine überdimensionierten Kommissionen. Auch müsste sonst das Resultat der Generalratswahl jeder Partei oder Gruppierung mitberücksichtigt werden. Denn es kann ja nicht sein, dass eine 12köpfige Generalratsfraktion gleich viele Sitze in der Kommission hat, wie eine 4köpfige Partei oder Gruppierung.

Michael Perler, SP/FFW: Es wird selten vorkommen, dass von der SP ein SVP-Vorschlag unterstützt wird. Sie werden dies jedoch heute machen. Dies aus dem Grund, dass die Befugnisse des Gemeinderates nicht bestritten werden. Der Rat muss auch nicht alle Gruppierungen berücksichtigen. Wichtig ist, dass alle angefragt werden. Es wurde im Vorfeld bei der Einführung des Generalrates der Bevölkerung mitgeteilt, dass sie sich später in den Kommissionen auch mitarbeiten können

Boschung Bruno, CVP: Das Anliegen der SVP wird grundsätzlich von ihnen auch gestützt. Die Aussage von Herrn Perler am Schluss vorhin stimmt. Diese Aussage wurde der Bevölkerung so mitgeteilt. Aus diesem Grund reichen sie auch eine Motion in dieser Angelegenheit ein, für ein transparentes, den politischen Kräften und Gruppierungen der Gemeinde Rechnung tragendes Prozedere bei der Auswahl der Mitglieder für die im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegenden Kommissionen.

Für die Besetzung einiger im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegende Kommissionen hat der Gemeinderat nur die im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien eingeladen Vorschläge für die Nomination zu unterbreiten. Die nach den Vorschlägen aus den vier Gemeinderatsparteien noch vakant gebliebenen Posten wurden in der Wüfla ausgeschrieben.

Im Vorfeld der Abstimmung für die Wiedereinführung des Generalrates wurde sehr oft darauf hingewiesen, dass politisch Interessierte Bürgerinnen und Bürger, auch ohne parteipolitische Zugehörigkeit, weiterhin die Möglichkeit haben werden, sich in gewissen Kommissionen zu engagieren.

Auch im Zusammenhang mit den Diskussionen bezüglich Fraktionsstärke und Sitzzuteilung in den vom Generalrat zu bestellenden Kommissionen, wurden die nicht in einer Fraktion vertretenen Gruppierungen damit "vertröstet", sich bei den im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegenden Kommissionen zu profilieren.

Mit dem vom Gemeinderat gewählten Nominationsverfahren war es weder der breiten Bevölkerung, noch den Gruppierungen, welche die geforderte Fraktionsstärke nicht erreicht haben, diese Möglichkeit gegeben.

Antrag an den Gemeinderat für die konkrete Umsetzung und Anwendung, auch für während der Legislaturperiode vakant werdende Sitze:

Für die Nomination der Mitglieder der in seinem Kompetenzbereich liegenden Kommissionen verlangt der Gemeinderat von allen im Generalrat vertretenen Gruppierungen (inkl. der parteipolitisch unabhängigen Gruppierungen) Vorschläge ein. Sind die Vorschläge aus den im Generalrat vertretenen Gruppierungen für eine vollständige Besetzung nicht genügend oder nicht genügend befriedigend, so schreibt der Gemeinderat die entsprechenden Posten öffentlich in der Wüfla aus.

Mit diesem Vorschlag haben wir die Gewähr, dass alle politischen Gruppierungen, welche die Bevölkerung der Gemeinde breit repräsentieren, sich

einbringen und zum Zuge kommen können. Es ist wichtig zu wissen, dass der Gemeinderat dadurch die Mitgliederzahl nicht erhöhen muss. Er kann aus den Kandidaten danach eine vorher festgelegte Auswahl treffen.

Pirmin Schenk, SVP: Mit diesem Kompromissvorschlag ist nach wie vor nicht gewährt, dass die ganze Bevölkerung über die Besetzung in den Kommissionen angefragt wird, sondern lediglich die im Generalrat aktiven Gruppierungen und Parteien. Aus diesem Grund halten sie an ihrer Motion fest.

Patrik Ducrey: Die beiden Motionen werden einander gegenübergestellt. Diejenige die die Mehrheit findet wird überwiesen. Zuerst wird über diese der SVP abgestimmt.

Abstimmung:

28	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Die Motion der SVP wird dem Gemeinderat überwiesen, da diese die Mehrheit der hier anwesenden 49 GenR erhalten hat.

Roland Boschung, CSP/EVP: Postulat der CSP/EVP-Fraktion „Mobilfunk in der Gemeinde und in der Region Sense - heute und in Zukunft“ Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Inventar der bestehenden und geplanten Mobilfunkantennen in der Gemeinde Wünnewil-Flamatt und den angrenzenden freiburgischen und bernischen Gemeinden zu erstellen und auf der Homepage der Gemeinde aufzuschalten. Aus diesem Inventar muss ersichtlich sein, wer welche Antenne zu welchem Zweck betreibt und welche durchschnittliche und maximale Strahlung in welchen Zeiten und Richtungen entsteht. Das Inventar hat auch die Kosten solcher Antennen und die Entschädigungen für respektive an die Gemeinde Wünnewil-Flamatt zu enthalten. Darüber hinaus wird der Gemeinderat beauftragt, mit der Region Sense zu klären, welche Ideen, Konzepte und Inventare in Sachen Mobilfunkantennen und Mobilfunkversorgung bestehen. Zu beantworten wären Fragen wie: Wie sind wir versorgt? Wie möchten wir heute und in Zukunft versorgt sein? Welche Bedingungen und Parameter sind für die Region Sense wichtig?

Begründung:

Bei uns ist das Thema Mobilfunk- und Mobilfunkantennen länger schon auf der Themenliste. Das Baugesuch der Swisscom in der Wüfla vom 15. September 2011 hat uns definitiv dazu bewogen, ein entsprechendes Postulat einzureichen.

- Das Bundesamt für Kommunikation BAKOM führt zwar bereits ein Inventar der Mobilfunkantennen. Die Stärke der Sendeleistung wird jedoch nur mit Begriffen wie "gross", "mittel", "klein" angegeben, was unseres Erachtens zu wenig aussagekräftig ist. Ein solches Inventar wird dem Gemeinderat und den sonstigen involvierten Stellen die notwendige Grundlage sein, um mit den Mobilfunkanbietern verhandeln zu können.
- Es geht uns nicht darum, die Technologie in Frage zu stellen oder das Aufstellen solcher Antennen zu verhindern. Wir sollten aber als Bürger und Verantwortliche der Gemeinde dafür besorgt sein, eine für alle Seiten, also die Nutzer und die Nachbarn der Sender, optimale Mobilfunk-Versorgung sicherzustellen.

- Es ist unseres Erachtens auch notwendig, auf Stufe Region Sense grundsätzlich über die Versorgung mit Mobilfunk zu sprechen. Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, dies bei der Region Sense in die Wege zu leiten.

Patrick Berthold, Gemeinderat: Diese Informationen können auf einer Seite des Bundesamtes bereits abgerufen werden. Ihm ist nicht ganz klar, was weiter mit dieser Motion erreicht werden soll. Es werden von den Anbietern sicher keine Antennen aufgestellt, welche nicht notwendig wären.

Erwin Perler, CVP: Sie sind zum Schluss gekommen, diese Motion abzulehnen, denn die Gemeinde kennt die Vorhaben der Anbieter nicht im Voraus und die jetzigen Informationen sind bekannt. Sie sehen auch die Kostenfolge im Hintergrund und was es bringen würde.

Armin Brülhart, FDP/BDP: Wie bereits gehört besteht ein entsprechendes Inventar der bestehenden Mobilfunkanlagen mit Angabe der Signalstärke. Beim Bakom können zudem weitere Informationen eingeholt werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass genügend Informationen bestehen. Die Kosten wären nicht gerechtfertigt.

Abstimmung:

11	Ja-Stimmen
38	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Das Postulat wird dem Gemeinderat nicht überwiesen.

Jean-Pierre Boschung, CVP: Motion, für die Sanierung des Bahnüberganges in Flamatt.

Der Bahnübergang in Flamatt ist ein kleines Sorgenkind unserer Gemeinde. Er ist meines Wissens schon mehrmals saniert worden. Das letzte Mal vor einigen Jahren. Wie sicherlich jedermann in der Gemeinde bestätigen kann, ist der Übergang zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr zumutbar, eine wahre Katastrophe wie man durchgerüttelt wird.

In diesem Jahr wurde in der Gemeinde Neuenegg der Bahnübergang saniert. Dort hat man Betonelemente eingesetzt. Diese geben dem Übergang den nötigen Halt und helfen, das Absinken zu verhindern.

Dies wäre eine geeignete und sachgerechte Sanierungsart für den Bahnübergang in Flamatt!

Aus den erwähnten Gründen ersuche ich den Gemeinderat, die nötigen Schritte für die Sanierung des Bahnüberganges in Flamatt einzuleiten.

Patrick Berthold, Gemeinderat: Für diesen Bahnübergang ist die SBB zuständig und die Strasse ist eine Kantonalstrasse, wofür der Kanton zuständig ist. Die Gemeinde kann höchstens nachfragen und bei diesen Stellen intervenieren.

Patrik Ducrey: Da der Gemeinderat für dieses Anliegen nicht zuständig ist, müsste die Motion in ein Postulat umgewandelt werden.

Abstimmung:

36	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Das Postulat wird dem Gemeinderat überwiesen.

Bruno Boschung, CVP: Postulat für die neutrale Überprüfung der Situation im Werkdienst der Gemeinde Wünnewil-Flamatt.

Wie an der Generalratssitzung vom 7. Dezember 2011 im Zusammenhang mit der Beratung des Budgets 2012 festgehalten, werden aufgrund der bisher rein internen Erhebungen und Analysen weitere Personalaufstockungen von einer Anzahl der Generalrätinnen und Generalräte in Frage gestellt. Die Gemeindebevölkerung steht Personalaufstockungen in der ganzen Gemeindeverwaltung generell kritisch gegenüber.

Um künftige Diskussionen im Personalbereich des Werkdienstes auf einer soliden Basis führen zu können, wird der Gemeinderat damit beauftragt, die Gesamtsituation durch eine neutrale Stelle zu überprüfen. Folgende Fragen sollen dabei insbesondere geklärt werden:

- Gesamtinventar aller heute im Werkdienst erledigten Arbeiten und Dienstleistungen.
- Fallen alle heute vom Werkdienst erledigten Arbeiten und Aufgaben tatsächlich in den Verantwortungsbereich der Gemeinde?
- Welche Aufgaben/Dienstleistungen könnten allenfalls – ohne Sicherheits- und übermässige Finanzrisiken einzugehen – weggelassen oder reduziert werden?
- Welche der zwingend notwendigen Aufgaben könnten, z.B. in saisonal bedingten Hochlastzeiten oder generell, zu finanziell interessanten Konditionen an Dritte übertragen werden?
- Inwiefern wäre in gewissen Bereichen eine Zusammenarbeit / Zusammenlegung mit den Werkdiensten der Nachbargemeinden möglich und sinnvoll?

Er dankt dem Gemeinderat für die entsprechende Umsetzung und für die Vorlage des entsprechenden Berichtes, mit einem allfälligen Antrag.

Andreas Freiburghaus, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist nicht grundsätzlich gegen eine Analyse, er ist aber überzeugt, dass diese nichts bringen wird. Auslagerungen bei Hochlastzeiten ist nicht möglich, da die anderen Gemeinden da ja auch ausgelastet sind, da die gleichen Arbeiten zu gleicher Zeit anfallen. Engere Zusammenarbeiten werden bereits jetzt gepflegt und auch weiter verfolgt.

Beat Spicher, CSP/EVP: Der Generalrat hat heute Abend einer Aufstockung des Werkhofs um 80 % im Rahmen des Budgets zugestimmt. Aus diesem Grund ist es nicht nötig für eine Studie Geld auszugeben, da im Moment kein Bedarf ist und er deshalb das Postulat zur Ablehnung empfiehlt.

Michael Perler, SP/FFW: Er möchte generell erfahren, wann eine Anfrage eine Motion ist und wann ein Postulat. Er sieht eher dass die Anfrage von Bruno Boschung eine Motion wäre.

Patrik Ducrey: Bei einem Postulat hat der Gemeinderat die Aufgabe etwas zu prüfen und abzuklären und darauf seine Antwort zu geben. Eine Motion ist verbindlicher und der Gemeinderat muss einen Auftrag ausführen.

Bruno Boschung, CVP: Aus diesem Grund beschliesst er sein Postulat in eine Motion umzuwandeln, ansonsten die Antwort des Gemeinderates be-

reist heute Abend feststeht.

Doris Bucheli, Gemeindepräsidentin: Sie möchte darauf hinweisen, dass eine Analyse im Budget nicht vorgesehen wurde. Wird eine solche heute Abend verlangt, so müsste diese im nächsten Budget vorgesehen werden.

Abstimmung:

10	Ja-Stimmen
35	Nein-Stimmen
4	Enthaltungen

Beschluss:

Das Postulat wird dem Gemeinderat nicht überwiesen.

Bruno Boschung, CVP: Motion für die Beseitigung einer gefährlichen Verkehrssituation im Bereich der Fussgängerstreifen bei der Kreuzung Pfaffenholzstrasse / Wünnewilstrasse / Hagnetstrasse in Wünnewil.

An der besagten Kreuzung führen zwei Fussgängerstreifen von Seiten der Hagnetstrasse auf die Pfaffenholzstrasse, bzw. auf die Wünnewilstrasse. Die Fussgängerstreifen befinden sich in der 80er Zone.

Das Überqueren der Fussgängerstreifen ist besonders für Kinder und ältere Leute äusserst gefährlich. Die Autofahrer, insbesondere die von Schmitten her fahrenden Fahrzeuge, kommen vielfach mit einem derart hohen Tempo daher, dass ein frühzeitiges Abbremsen vor den Streifen, um den Fussgängern den Vortritt zu gewähren, kaum möglich ist.

Das angrenzende Wohnquartier Hagnet ist in den letzten Jahren stark angewachsen und befindet sich mit den sich noch im Bau befindlichen Mehrfamilienhäusern im Aufschwung. Viele Familien mit schulpflichtigen Kindern sind ansässig geworden. Der Schulweg dieser Kinder führt über die beiden vorerwähnten Fussgängerstreifen. Viele Eltern sind darüber sehr besorgt und kommen aus Angst vor Unfällen in Versuchung die Kinder weder zu Fuss, noch per Velo in die Schule nach Wünnewil zu schicken und führen diese stattdessen mit dem Auto. Dies wiederum führt zu den unliebsamen "Verkehrskollapsen" vor dem Schulhaus in Wünnewil.

Der Gemeinderat wird mit dieser Motion beauftragt, diese gefährliche Situation mit geeigneten Massnahmen zu beseitigen.

Abstimmung:

42	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
7	Enthaltungen

Beschluss:

Die Motion wird dem Gemeinderat überwiesen.

Pius Caduff, CVP: Motion Parkverbot Sporthalle Wünnewil.

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Vorplatz vor dem Eingang der Sporthalle mit einem allgemeinen Parkverbot zu belegen. Die Zufahrt soll mit einem mobilen Hindernis (Kette, Pöfosten oder eine andere geeignete Massnahme) gesperrt werden.

Die heutige Parkordnung wird nicht eingehalten und ist kompliziert. Der Vorplatz ist auch ein Spielplatz. Die Kinder sind gefährdet. Der Fussweg zur Birchacherstrasse ist oft mit Autos versperrt. Die Absperrung soll mit mobilen Hindernissen abgesperrt werden, damit bei speziellen Anlässen die Durch-

fahrt noch gewährt werden kann. Ein generelles Verbot schafft klare Verhältnisse. Zudem wäre ein Verbot unproblematisch, da in der Nähe der Sporthalle genügend Parkplätze vorhanden sind.

Abstimmung:

41 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
8 Enthaltungen

Beschluss:

Die Motion wird dem Gemeinderat überwiesen.

24 00.02.011 Generalrat
Verschiedenes

Jean-Pierre Boschung, CVP: Anfrage bezüglich der Strassenbeleuchtung Wünnewil-Flamatt.

Im letzten Jahr wurde der Antrag zur Erneuerung der Strassenbeleuchtung mit der Begründung das die Quecksilberdampflampen nicht mehr der heutigen Technik entsprechen, und weil eine punktuelle Abschaltung aufgrund des neu installierten Steuergerätes bei den Natriumdampflampen möglich wird. Es wurde auch darauf hingewiesen, in der Zeit der Realisierung dieser Massnahme (5 Jahre) die Aufmerksamkeit der neuen LED Technologie zu widmen, um gegebenenfalls auf diese umzusteigen! Gemäss Nachforschungen im Netz ist sie schon fortgeschritten und wird in der Schweiz seit Mitte 2010 schon bei 600 Strassenlampen angewandt.

In der Gemeinde werden die Strassenlampen von 01:00 Uhr bis 05:00 Uhr ganzheitlich abgeschaltet. Dadurch kann Strom gespart werden. Die gewählte Variante wird auch allgemein gut akzeptiert. Jedoch ist verbreitet unter den Bewohnern die Meinung aufgekommen, dass diese Abschaltung auf Mo-Fr beschränkt werden sollte. Dies, weil Freitag- und Samstagnacht viele Bewohner vom Ausgang heimkommen und ein unbeleuchtetes Dorf in dieser Zeit nicht zumutbar ist!

Meine Fragen an den Gemeinderat:

- Wird eine punktuelle nicht ganzheitliche Abschaltung angestrebt?
- Wie steht es mit der LED Technologie, ist man hier am Ball?
- Ist es möglich die Abschaltung auf die Wochentage zu beschränken?

Patrick Berthold, Gemeinderat: Wegen der punktuellen Abschaltung hat er sich bei der Groupe e informiert. Eine individuelle Abschaltung ist möglich, es kommt nur auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis darauf an. Dies müsste technisch genau abgeklärt werden. Wegen den LED-Lampen ist die Gemeinde ständig in Absprache mit der Groupe e. Die Beleuchtung an den Wochenenden nicht abzuschalten sollte ebenfalls möglich sein, müsste jedoch technisch noch genau abgeklärt werden.

Jean-Pierre Boschung: Damit sind seine Fragen beantwortet.

Marianne Kormann, Gemeinderätin: Im Auftrag der Projektgruppe "Auserschulische Betreuung" möchte sie kurz über den Stand der Dinge informieren.

An der Gemeindeversammlung vom Dezember 2010 stellte die SP Wünnewil-Flamatt den Antrag, dass die Gemeinde die Einführung von Tagesstrukturen für Schulkinder auf das Schuljahr 2013/2014 prüft.

Der Gemeinderat hat den Antrag angenommen und die Projektgruppe ausserschulische Betreuung eingesetzt.

Gleichzeitig war der Gesetzesentwurf über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtung des Kantons bei den Gemeinden zur Vernehmlassung.

Seit März diesen Jahres ist die Projektgruppe an der Arbeit.

Es wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Freiburg ein Fragebogen für die Bedarfsabklärung erarbeitet.

Zudem wurde auch eine externe Prozessbegleitung und -beratung gesucht, welche wir in Frau Ursula E. Brunner von der Pädagogischen Hochschule in Bern gefunden haben.

Im August wurde der Fragebogen zur Bedarfsabklärung an alle betroffenen Familien verschickt.

Im Moment werden die Daten ausgewertet und es wird ein Analysebericht erstellt, den wir dann vorstellen werden.

Was wir heute bereits sagen können ist, dass in unserer Gemeinde das Bedürfnis an ausserschulischer Betreuung vorhanden ist.

Die Auswertung der ersten Daten hat gezeigt, dass eine sehr grosse Nachfrage für einen Mittagstisch besteht. Aus diesem Grund hat sich die Projektgruppe entschieden in zwei Etappen vorzugehen. Es wird ein Detailkonzept zur Einführung eines Mittagstisches ab dem Schuljahr 2012/2013 erstellt. Gleichzeitig wird selbstverständlich auch am restlichen Projekt weitergearbeitet mit dem Zeithorizont Schuljahr 2013/14.

Wir sind auch daran ein Informations-Konzept zu erstellen, damit der Informationsfluss gewährleistet ist.

Die Projektgruppe wie auch der Gemeinderat, sind der Meinung, dass wir auf dem richtigen Weg sind, wir hoffen natürlich auch auf die Unterstützung des Generalrates.

Yvette Spicher, CSP/EVP: Wie in der WüFla informiert wurde, ist vom Gemeinderat eine Arbeitsgruppe zum Abklären der Einkaufssituation in Wünnewil eingesetzt worden. Hat diese Arbeitsgruppe bereits Ergebnisse oder Informationen?

René Schneuwly, Gemeinderat: Es stimmt, dass die Arbeitsgruppe an Verhandlungen dran ist. Es ist aber noch verfrüht, darüber bereits zu informieren. Er hofft, dass an der nächsten Generalratssitzung er weitere Informationen abgeben kann.

Pirmin Schenk, SVP: Möchte wissen, ob Anfragen und Motionen nun an die neue Verkehrskommission eingebracht werden müssen oder weiterhin an den Gemeinderat zu richten sind?

Doris Bucheli, Gemeindepräsidentin: Alle Anfragen sind wie bisher an den Gemeinderat zu richten.

Peter Wüthrich, SP/FFW: Wie aus den Medien vernommen wurde, hat die Migros die Liegenschaft der Model AG in Flamatt erworben. Sie befürchten, dass Flamatt zu einem Einkaufszentrum der Region mutiert und noch mehr Verkehr aufnehmen muss. Er möchte nun wissen, ob der Gemeinderat bereits mehr weiss wegen Umzonierung usw.?

Patrick Berthold, Gemeinderat: Bis heute hat die Gemeinde von der Migros kein Umzonierungsgesuch erhalten.

Doris Bucheli, Gemeindepräsidentin: Im November hat der Gemeinderat anlässlich einer 2-tägigen Klausurtagung die Legislaturziele für die Periode 2011 – 2016 festgesetzt. Ende Januar kann dann der Generalrat sowie die Bevölkerung von diesem Papier Kenntnis nehmen.

Patrik Ducrey, Generalratspräsident: Dankt Hans Spring FDP für die geleistete Arbeit als Generalrat. Er wird infolge Wohnortwechsel Ende Jahr aus dem Generalrat austreten. Der Nachfolger wird an der ersten Sitzung im neuen Jahr vereidigt werden.

Er dankt allen für die Disziplin an dieser Sitzung und wünscht für die bevorstehenden Festtage alles Gute und gesegnete Weihnachten. Somit kann er die Sitzung schliessen.

Schluss der Versammlung 23:00 Uhr

Patrik Ducrey
Generalratspräsident

Fredy Huber
Gemeindeschreiber